# Die meistgeprüfte Staatsstelle

**Initiative** Die SVP Baselland will die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann abschaffen

**Landrat und Regierungsrat sowie fast alle Parteien lehnen die SVP-Initiative zur Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann ab. Über die Initiative stimmt die Bevölkerung am 1. Juni 2008 ab.**

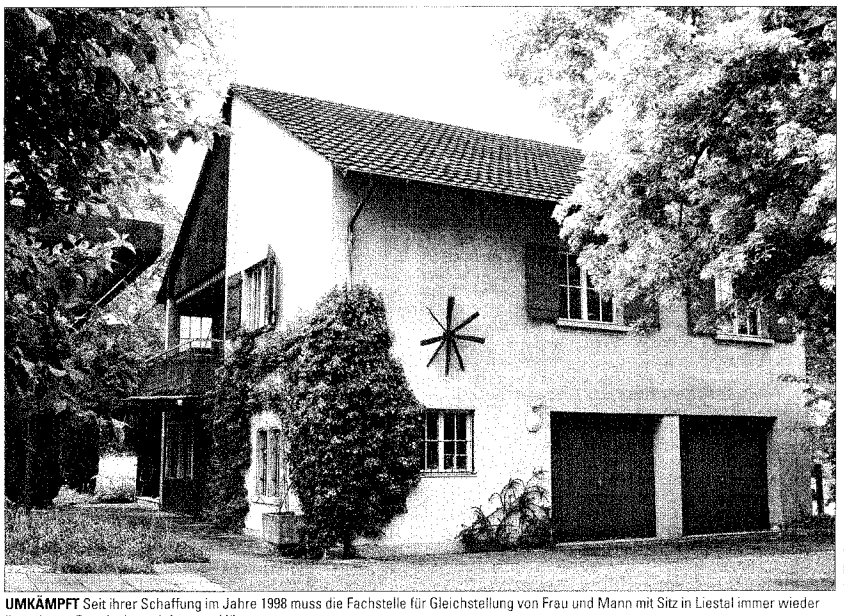
PHILIP MEYER

Die SVP will nicht ständig vom Staat daran erinnert werden, dass es zwei Geschlechter gibt. Für die Initianten der SVP-Initiative ist die Gleichstellung der Geschlechter «eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es die permanente, öfters auch penetrante staatliche Propaganda-Tätigkeit einer staatlichen Behörde nicht mehr», argumentieren sie. Deshalb sei die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann abzuschaffen. Im Januar 2007 reichte die SVP ihre Initiative zur Abschaffung der Fachstelle mit 1600 gültigen Unterschriften ein.

### Ballmer: «Ich brauche Fachstelle»

Die Regierung lehnte die Initiative im vergangenen Sommer rundweg ab und entschied sich, ihr auch keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. «Ich brauche diese Fachstelle», sagt seither Finanzdirektor Adrian Ballmer bei jeder Gelegenheit. Diese sei alles andere als überflüssig geworden. Auch wenn Baselland sich auf dem Gleichstellungsindex nach vorne gearbeitet habe, sei der Verfassungs- und Gesetzesauftrag längst nicht erfüllt. Würde die Fachstelle abgeschafft, müsse er in seiner Direktion einfach jemand anderen für diese Aufgabe einstellen. Damit verbunden sei dann aber ein grosser Verlust an Wissen und Erfahrung.

Die Debatte im Landrat über die Fachstelle im Januar 2008 wurde hoch emotional geführt, das Resultat war am Schluss aber deutlich. Mit 58 zu 30 Stimmen empfahl das Parlament dem Volk, die Initiative abzulehnen. Einzig die SVP und Teile der FDP-Fraktion konnten sich für die Abschaffungsinitiative begeistern. Aufsehen erregte kürzlich das Abstimmungsplakat der SVP, auf dem ein Besen eine Gruppe Hühner wegwischt.



**UMKÄMPFT** Seit ihrer Schaffung im Jahre 1998 muss die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann mit Sitz in Liestal immer wieder ihre eigene Daseinsberechtigung erklären. NICOLE NARG-ZIMMER

### Nicht nur Linke im Nein-Komitee

Doch das prominent besetzte Nein-Komitee zeigt, wie wichtig vielen Leuten das Anliegen immer noch ist. Das Komitee, das gegen die Abschaffung und damit für ein Nein zur Initiative wirbt, wird angeführt von CVP-Nationalrätin Kathrin Amacker.

Neben den Nationalrätinnen Maya Graf (Grüne) und Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) sitzen in dem Gremium aber auch die beiden alt FDP-Regierungsräte Paul Nyffeler und Andreas Koellreuter sowie Kirchenpräsident Markus Christ und der Vizedirektor der Wirtschaftskammer Baselland, Marcus Meier. Das Komitee will, dass die Fachstelle auch weiterhin aktiv auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer und auf die Chancengleichheit in der Schule und bei der Berufswahl von Mädchen und Buben hinarbeitet. Nach einer vom Landrat aufgrund eines FDP-Vorstosses verlangten internen und externen Untersuchung wurde der Fachstelle von den Fachleuten eine professionelle, qualitativ hochstehende und effiziente Arbeit bescheinigt.

**Kommentar**

## *Für beide Geschlechter*

PHILIP MEYER

*Zu hinterfragen, ob es eine Staatsstelle noch braucht, ist legitim. Nicht nur wenn das Geld knapp ist, sollte man jede staatliche Tätigkeit immer wieder überprüfen. Doch darum gehts bei der SVP-Initiative nicht. Mit der Streichung der zwei Vollstellen ist kaum Geld gespart. Die Fachstelle passt einfach nicht ins Gesellschaftsbild der SVP. Deshalb hat die Partei diese von Anfang an bekämpft, wie Jahre vorher den Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung und noch einmal früher die Einführung des Frauenstimmrechts. Seit es die Fachstelle gibt, versucht diese Partei unablässig, die Stelle wieder loszuwerden.*

*Die Behauptung, es brauche die Fachstelle nicht mehr, weil die Gleichstellung erreicht sei, ist schlicht falsch. Auch wenn das Baselbiet heute in dieser Frage recht gut da steht: So lange gut ausgebildete Frauen sich immer noch nicht für Familie und Beruf entscheiden können und es für Männer extrem schwierig ist, einen anständig bezahlten Teilzeitjob zu erhalten, um gleichzeitig Familienarbeit zu leisten, ist Gleichstellung nicht erreicht. So lange 50 Prozent der Bevölkerung in Politik und Wirtschaft eine untergeordnete Rolle spielen, und bei gleicher Arbeit weniger verdienen, braucht es die Fachstelle, die darauf hinweist und Lösungswege aufzeigt. Sie kämpft nicht nur gegen Ungerechtigkeiten, sondern arbeitet auch für ein neues Selbstverständnis der gesamten Gesellschaft. Eine wichtige Arbeit.*

philip.meyer@bz-ag.ch

**Pro und Contra** Formulierte Gesetzesinitiative für die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau

## Eine völlig überflüssige Fachstelle

SUSANNA KELLER

**Susanna Keller ist Präsidentin der SVP-Frauen Baselland.**

Der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist gesellschaftlich und auch von der Initiative zur Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung völlig unbestritten. Der Grundsatz ist nicht nur in der Verfassung verankert, er ist auch in der Gesetzgebung umgesetzt und findet mindestens in der zivilisierten Welt auch Nachachtung in der Wirtschaft. Die Gleichberechtigung ist für uns heute selbstverständlich. Über die Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen und die Ausgestaltung künftiger Rechtserlasse wacht eine fünfköpfige Kommission für die Gleichstellung (vier Frauen, ein Mann), mitsamt zugehörigem Sekretariat (eine Frau). Ihr Auftrag: Sie berät und unterstützt den Regierungsrat, um die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen zu verwirklichen und alle Formen der Diskriminierung von Frauen zu beseitigen. Zu diesem Zweck nimmt sie Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren, betreibt Öffentlichkeitsarbeit, organisiert Veranstaltungen und einiges mehr. Diese Kommission ist von der Initiative nicht betroffen.

Wer sich dennoch benachteiligt oder diskriminiert fühlt, der kann und soll sich an die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten wenden. Diese besteht wiederum aus einer zehnköpfigen Kommission zuzüglich vier Ersatzmitgliedern (neun Frauen, drei Männer, zwei Vakanzen) und einem vierköpfigen Sekretariat (vier Frauen). Zuständig ist die Schlichtungsstelle zum Beispiel für Lohndiskriminierung, diskriminierende Aufgaben, Diskriminierung bei Weiterbildung, Beförderung, Anstellung oder Kündigung sowie für sexuelle Belästigung. Findet sich auch mit der Schlichtungsstelle keine Problemlösung, steht der gerichtliche Weg zur Einklagung der Gleichstellungsrechte offen. Auch die Schlichtungsstelle wird von den Initianten nicht in Frage gestellt.

Zur Debatte steht nur, ob darüber hinaus weiterhin eine staatlich betriebene PR- und Kommunikations-Fachstelle (fünf Frauen, Budget pro Jahr rund 500 000 Franken) aufrechterhalten werden muss, die in ideologischem Feminismus erstarrt Jahr für Jahr weiteren Emanzipations-Aktivismus betreibt. Die permanente, oft penetrante Propaganda-Tätigkeit dieser Amtsstelle braucht es definitiv nicht mehr. Hier kann eine überflüssig gewordene staatliche Stelle gestrichen werden und unnötig ausgegebene Steuergelder können so eingespart werden.

Aus allen Studien und Evaluationen geht hervor, dass Baselland gleichstellungspolitisch Spitze ist. Speziell in der Bekämpfung häuslicher Gewalt, bei der Öffnung der Berufswahl für Mädchen und Frauen und in der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt der Kanton eine Vorreiterrolle ein. Nachdem für die Fachstelle also kein wirklicher Handlungsbedarf mehr besteht, gibt sie sich ihre Aufträge heute weitgehend selbst. Sie gibt weitere teure Gutachten und Studien in Auftrag. Sie organisiert unzählige, vom immer gleichen Publikum mässig besuchte Veranstaltungen. Sie verfasst am laufenden Band Broschüren und Statistiken – ohne einen konkreten Nutzen zu stiften. Nur wer die Gleichberechtigung von sich aus in Zukunft immer noch in Frage stellt, findet weiterhin eine, wenn auch äusserst fragwürdige Existenzberechtigung für die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann.

**Update**

Die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung wurde im Landrat in den letzten fünf Jahren dreimal debattiert. Am 13. November 2003 lehnte das Parlament eine Motion der SVP deutlich ab. Am 18. Januar 2007 schrieb der Landrat das Postulat der FDP als erfüllt ab, das die Überprüfung der Notwendigkeit der Stelle gefordert hatte. Am 24. Januar 2008 empfahlen alle Fraktionen bis auf die SVP und ein Teil der FDP dem Volk ein Nein zur formulierten Gesetzesinitiative für die Abschaffung der Fachstelle einzulegen. (BZ)

## Verfassungsauftrag respektieren

KATHRIN AMACKER

**Kathrin Amacker ist Präsidentin der Gleichstellungskommission Baselland, CVP-Nationalrätin sowie Präsidentin CVP Baselland.**

Einmal mehr hat die SVP als selbsternannte Oppositionspartei eine in ihrer Optik störende Institution im Visier: Sie will ihre Vision einer staatsfreien Selbstverantwortung weiter verwirklichen. Diesmal geht es um die Gleichstellung von Frau und Mann, ein Auftrag in der Bundes- und der Kantonsverfassung rotabene. Es hat die Fachstelle für Gleichstellung herzuhalten, die es gemäss SVP abzuschaffen gilt.

Wenn seriös erhobene Untersuchungen wie ein Bericht des World Economic Forum (WEF) von 2007 zum Schluss kommen, bei der wirtschaftlichen und politischen Partizipation, sowie Bildung und Gesundheit liege bezüglich Gleichstellung von Frau und Mann in der Schweiz noch einiges im Argen, dann muss dies doch zu denken geben. Um so mehr, wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Schweiz nun hinter Panama und Jamaika auf Platz 40 zurückgefallen ist. Die Frauen sind bei uns zwar gleich oder sogar besser ausgebildet als die Männer, doch ihr Können wird in Wirtschaft und Politik noch zu wenig genutzt. Dass bei dieser Einschätzung für unser hoch entwickeltes Land, das so stolz ist auf seine Kultur der Chancengleichheit, diese Abschaffungsinitiative quer in der Landschaft liegt, müsste einleuchten.

Als Präsidentin der Gleichstellungskommission Baselland setze ich mich mit Überzeugung für dieses Anliegen und für eine verbesserte Positionierung der Schweiz ein. Dazu gehören vor allem mehr familienergänzende Kinderbetreuungsangebote. Dieses zentrale Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfasst auch den berechtigten Anstoss im Sinne der Wirtschaftsförderung nach finanziellen Anreizen zur Gründung weiterer Krippen und Tagesstätten. Dies ist eine seit Jahren auch von politischen Parteien schweizweit hoch gehaltene Forderung. Zentral ist zudem eine aktivere Laufbahnplanung für Frauen in Wirtschaft und Politik und das inzwischen alte, aber hoch aktuelle Postulat des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit. Wie soeben wieder in einer offiziellen Statistik zu vernehmen war, ist dieses Prinzip weder in der öffentlichen Verwaltung noch in der Privatwirtschaft verwirklicht. Nachdem die Lohngleichheit nun schon über zehn Jahre gesetzlich verankert ist, wird es Zeit, diese mit mehr Nachdruck als bisher umzusetzen.

Der Kanton Baselland und seine Gemeinden haben den verfassungsmässigen und gesetzlichen Auftrag, für tatsächliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen zu sorgen. Auch im Falle einer Annahme der Initiative besteht dieser Auftrag weiter und muss erfüllt werden. Denn es besteht in verschiedenen Bereichen Handlungsbedarf. Also müssten bei Annahme der Initiative neue Strukturen und Ressourcen geschaffen werden. Die Fachstelle für Gleichstellung ist weder überflüssig, noch arbeitet sie an den falschen Themen. Diese Fachstelle ist modern, vorwärts orientiert und hoch kompetent. Es gilt, das regierungsrätliche Ziel zu erreichen, bezüglich Gleichstellung bis im Jahr 2013 zu den acht besten Kantonen der Schweiz zu gehören. Dazu braucht es die Fachstelle für Gleichstellung nach wie vor.